

- Sie weigert sich, den SALT II-Vertrag zu ratifizieren, der bekanntlich für die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Offensivwaffen von außerordentlicher Bedeutung ist.

- Sie hat vielmehr die Stationierung neuer amerikanischer Nuklearraketen in Westeuropa begonnen und forciert zugleich die Stationierung von seegestützten Raketen großer Reichweite.

- Sie überschreitet die festgelegten Grenzen für die Anzahl von Interkontinentalraketen mit individuell steuerbaren Mehrfachsprengköpfen und baut zusätzliche Startsilos.

- Sie untergräbt den sowjetisch-amerikanischen Vertrag von 1972 über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme.

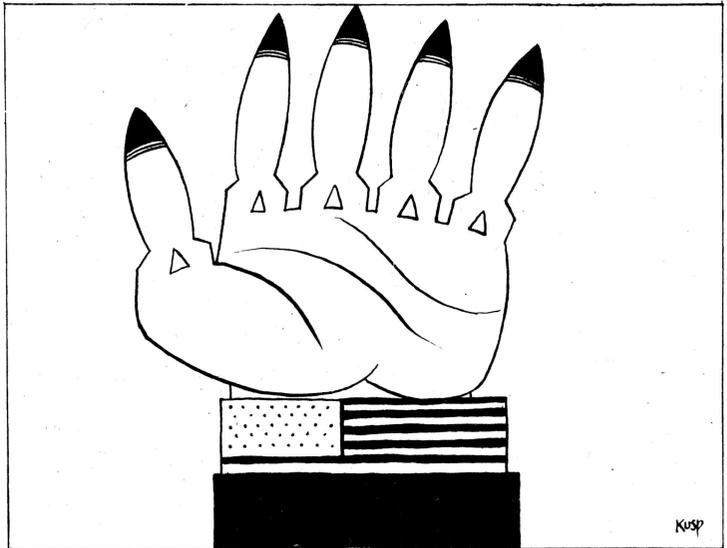
- Sie beschließt vielmehr ein Programm zur Schaffung eines sogenannten großen Raketenabwehrsystems.

- Sie hat mit der Erprobung kosmischer Angriffsmittel begonnen.

- Sie verweigert ein gemeinsames Moratorium über die Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen.³

Die hohnsprechende Behauptung, daß es sich bei dem Raketenabwehrsystem um ein defensives Waffensystem handle, wird durch den Fakt widerlegt, daß sich die USA neben ihrem nuklearen Erstschlagspotential damit einen Schild schaffen wollen, um der Vergeltung eines Erstschlags zu entgehen. Über den rein militärischen Aspekt solchen Vorgehens hinaus hat die USA-Administration bereits seit langem Kurs darauf genommen, im Rahmen der Gestaltung der

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen den Export von Handelsware, die sie wider besseres Wissen als militärisch-kritische Technologie ausgibt, in die sozialistischen Länder durch weitgehende Beschränkungen zu verhindern. Charakteristisch für die Haltung der USA in dieser Frage ist die während der Zeit des kalten Krieges formulierte Logik des



„Unsere friedlichen Absichten kann man an den fünf Fingern abzählen!“

Zeichnung: Spierling (entnommen „Freie Erde“)

USA-Bankiers und Politikers B. Baruch: „Alles ist von potentieller militärischer Bedeutung, mit Ausnahme vielleicht von Kaugummi.“ Die Entwicklung gleichberechtigter, auf gegenseitigen Vorteil beruhender Wirtschaftsbeziehungen wird auf diese Weise torpediert und dem Element der militärischen Konfrontation in der USA-Außenpolitik das des ökonomischen hinzugefügt.

Auf politischem Gebiet wird der rechtskonservative Klüngel der USA gegenüber den sozialistischen Staaten auch weiterhin eine aggressive Politik der inneren Destabilisierung und der Lösung von der Sowjetunion verfolgen. Sie läuft darauf hinaus, den nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Status quo in Europa zu verändern bzw. revolutionäre Errungenschaften dieser Länder zu liquidieren.

Eine besondere Rolle wird dabei auch den Zentren der politisch-ideologischen Diversion der USA eingeräumt. So wurde im 84er Wahlprogramm der Republikaner die Aufstockung des Budgets der USA-Informationsagentur um 44

Prozent innerhalb der letzten vier Jahre als positiv angesehen und gefordert, die Kapazitäten der berühmtesten Sender „Voice of America“, „Radio Free Europe“, „Radio Liberty“ und „Radio Marti“ zu verstärken.

Gegenüber den Entwicklungsländern und nationalen Befreiungsbewegungen unternahmen und unternahmen die USA verstärkte Anstrengungen, den Einsatz militärischer Gewalt mit „der Notwendigkeit des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ zu begründen. Diese Aktivitäten waren und sind auch heute noch Bestandteil des aggressiven außenpolitischen Kurses der Konfrontation des USA-Imperialismus. Nationale Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegungen in allen Teilen der Welt und deren Kampf gegen imperialistische Vorherrschaft und Unterdrückung werden als „staatlicher Terrorismus“ diffamiert, um nach dem Beispiel Grenadas brutale militärische Gewalt anzuwenden. Im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen um Nikaragua wird jedoch einmal mehr deut-